

FAMILIENPOLITIK IN FRANKREICH UND DEUTSCHLAND UNTER DEM EINDRUCK DER DEMOGRAPHISCHEN ENTWICKLUNG

DOMINIK GRILLMAYER || In Frankreich werden seit vielen Jahren mehr Kinder geboren als hierzulande. Das scheint auch an der dortigen Familienpolitik zu liegen, die seit Jahrzehnten nicht nur dem finanziellen Lastenausgleich dient, sondern auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert. Hier setzt seit rund zehn Jahren auch die deutsche Familienpolitik an. Ob dadurch allerdings eine Erhöhung der Geburtenrate erreicht werden kann, ist mehr als fraglich.

DEUTSCHLAND SCHRUMPFT, FRANKREICH WÄCHST

Wenn in Frankreich über Auswege aus der schwierigen wirtschaftlichen Lage diskutiert wird, in der sich das Land derzeit befindet (siehe Beitrag Henrik Uterwedde), dann geht der Blick häufig über den Rhein, verbunden mit der Frage, welche Faktoren für die aktuell gute ökonomische Situation in Deutschland verantwortlich sind. Die Aufmerksamkeit, die derzeit dem französischen Nachbarn von deutscher Seite zuteil wird, erscheint hingegen deutlich geringer – mit einer Ausnahme: Wenn es um die Geburtenrate geht, dann blicken deutsche Familienpolitiker neidisch in Richtung Westen. Mit durchschnittlich 2,1 Kindern pro Frau liegt diese deutlich höher als hierzulande (1,4), und das schon seit vielen Jahren. Wenn sich dies so fortsetzt, könnte die Bevölkerungszahl in Frankreich bis Mitte des Jahrhunderts diejenige Deutschlands übersteigen.

Die Folgen einer geringen Geburtenrate (bei gleichzeitig gestiegener Lebenserwartung) sind bekannt: Die im Vergleich zu Frankreich schneller voranschreitende Alterung der Gesellschaft stellt die zukünftige Finanzierung der Sozialsysteme vor große Herausforderungen und könnte sich langfristig negativ auf die Innovationsfähigkeit und wirtschaftliche Dynamik des

Landes auswirken. Kurzfristig wird das Thema hierzulande allerdings vor allem durch das Prisma des Arbeitskräftereservoirs betrachtet, der Begriff „Fachkräftemangel“ ist seit einigen Jahren in aller Munde. In diesem Zusammenhang rückten zunächst vor allem drei vermeintliche Auswege aus dem Dilemma in den Fokus: qualifizierte Zuwanderung, eine längere Lebensarbeitszeit und eine höhere Erwerbsquote von Frauen. Die eigentliche Revolution war aber, dass die Politik gleichzeitig das Ziel einer Steigerung der Geburtenrate ausgab. So kam es zu einem „Paradigmenwechsel in der Familienpolitik“ (Stefan Fuchs), der 2004 noch von Familienministerin Renate Schmidt eingeleitet und von ihrer Nachfolgerin Ursula von der Leyen schließlich in die Praxis umgesetzt wurde. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf galt fortan als Schlüsselfaktor, um weibliche Erwerbstätigkeit und die Erfüllung des Kinderwunsches miteinander in Einklang zu bringen.

Durch diesen Kurswechsel hat sich die deutsche Familienpolitik faktisch ein Stück weit an die französische Tradition angenähert, von der sie sich bislang fundamental unterschied. Lange Zeit beschränkte sich die einzige Gemeinsamkeit darauf, dass beide Länder im europäischen Vergleich überproportional viel in familienbezogene Leistungen investieren. Während die

direkten Geldleistungen an Familien in Deutschland höher ausfallen, schlagen in Frankreich traditionell die mit der Geburt von Kindern verbundenen Steuervorteile sowie die staatliche Förderung der Kindertagesbetreuung stärker zu Buche. Ein besonderes Merkmal der französischen Familienpolitik ist die Förderung von Mehrkindfamilien: Kindergeld wird erst ab dem zweiten Kind bezahlt,¹ und durch das Familiensplitting, bei dem im Gegensatz zum deutschen Ehegattensplitting die zu zahlende Einkommenssteuer sich an der Zahl aller in einem Haushalt lebenden Personen orientiert, erfolgt eine steuerliche Begünstigung von Familien mit zwei und mehr Kindern.²

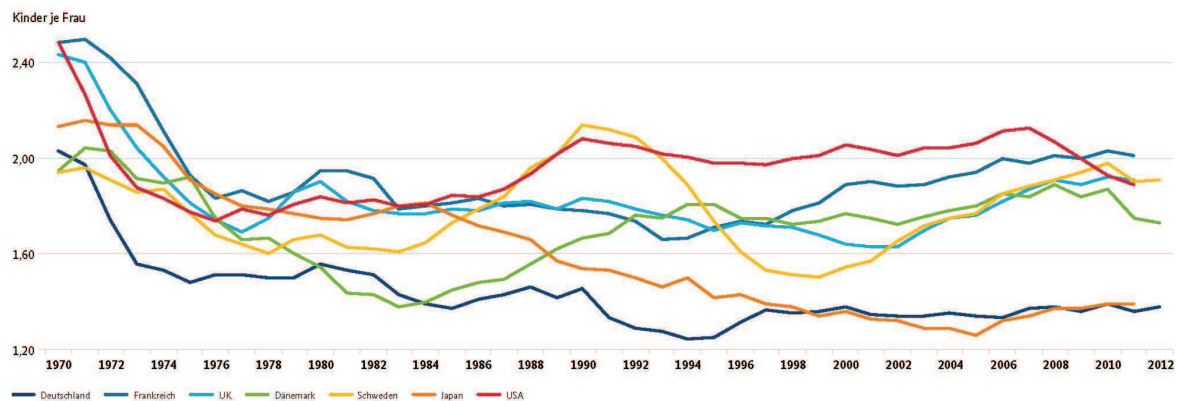
SCHWERPUNKTE DER FAMILIENPOLITIK IN BEIDEN LÄNDERN

Wenn man die Beweggründe für diese Politik verstehen möchte, muss man in der Geschichte etwas weiter zurückgehen. Die hierfür maßgebliche Weichenstellung war der im Juli 1939 von der Regierung Daladier verabschiedete Code de la famille, der ein Bündel von Maßnahmen festschrieb, das häufig als Wendepunkt der französischen Familienpolitik hin zu einer „Politik des dritten Kindes“ bezeichnet wird. Auslöser dieser geburtenfördernden Politik war das im Vergleich zu anderen europäischen Staaten jahrzehntelange geringe Bevölkerungswachstum. Zwischen 1800 und 1900 wuchs die französische Bevölkerung um ein Drittel (von

30 auf 40 Millionen), während sie sich im selben Zeitraum hierzulande nahezu verdreifachte (von gerade einmal 15 auf ebenfalls 40 Millionen). Dies löste in Frankreich um die Jahrhundertwende eine intensive Debatte über die demographische Entwicklung des Landes aus³ – vor allem mit Blick auf die Verteidigungsfähigkeit im Falle eines erneuten kriegerischen Konflikts mit dem Nachbarn. Nichtsdestotrotz stagnierte die Bevölkerungszahl in Frankreich auch in den folgenden Jahrzehnten weitgehend, während sie in Deutschland bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs abermals um 20 Millionen auf dann 60 Millionen anstieg. In den 30er-Jahren verstärkte sich die schwelende Debatte daher erneut und führte schließlich mit dem Code de la famille zu einer staatlichen Familienpolitik, die in erster Linie Demographiepolitik war, also dem Ziel des Bevölkerungswachstums diente. Daher die bewusste Förderung von Mehrkindfamilien.

In der neu gegründeten Bundesrepublik hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg hingegen eine völlig andere Herangehensweise herausgebildet. Staatliche Geburtenpolitik war nach den Erfahrungen des Dritten Reiches völlig diskreditiert. Unter dem noch frischen Eindruck der massiven Geburtenförderung und der ideologischen Indoktrination der Jugend galt Familie fortan als Privatsache, in die sich der Staat nicht einzumischen hat. Das betraf die gezielte Unterstützung von Mehrkindfamilien ebenso wie

Abbildung 1: Entwicklung der Fertilitätsrate in ausgewählten Ländern



Quelle: OECD Factbook, Eurostat (Graphische Darstellung: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Wachstum und Demographie im internationalen Vergleich, Mai 2014, S. 8).

staatliche Betreuungsangebote. Damals ahnte noch niemand, welche Folgen die Möglichkeit der Empfängnisverhütung für die demographische Entwicklung unserer Gesellschaften haben würde. Exemplarisch hierfür steht Konrad Adenauers Aussage „Kinder kriegen die Leut' immer“. Zwar war Ende der 1960er- / Anfang der 1970er-Jahre in allen westlichen Industrienationen ein starker Rückgang der Geburtenraten zu beobachten, doch nirgendwo fiel er so drastisch aus wie in Deutschland. Außerdem stieg in Frankreich die Geburtenrate seit Beginn der 1990er-Jahre wieder peu à peu auf heute 2,1 Kinder je Frau an, während sie hierzulande seit Jahrzehnten auf niedrigem Niveau verharrt.

PARADIGMENWECHSEL IN DEUTSCHLAND

Als unter dem Eindruck des demographischen Wandels die Wirtschaft zu Beginn des neuen Jahrtausends Alarm schlug, da sie aufgrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels das Wachstumspotenzial in Deutschland gefährdet sah, kam es zu dem bereits erwähnten Kurswechsel hin zu einer „bevölkerungsorientierten Familienpolitik“.⁴ Die Herausforderung bestand nunmehr darin, den Anstieg der Geburtenrate mit der als notwendig erachteten höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen in Einklang zu bringen. Daher rückte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der familienpolitischen Agenda ganz nach oben. Zwar ist die Erwerbstätigkeit von Frauen seit den 1960er-Jahren stark gestiegen und heute sogar höher als in Frankreich, mit der Geburt des ersten Kindes kommt es in vielen Fällen aber zu einer Retraditionalisierung der Geschlechterrollen. Entweder greift dann das Alleinverdiener- oder das Vollzeit / Teilzeit-Modell.⁵ In Deutschland arbeiten 65 % der aktiv erwerbstätigen Mütter von Kindern unter sechs Jahren nur Teilzeit (Frankreich: 40 %).⁶

Die neuen Maßnahmen – die Einführung des Elterngelds und der Ausbau der Infrastruktur in der Kindertagesbetreuung – zielten darauf ab, finanzielle Einschränkungen durch den (vorübergehenden) Wegfall eines Gehalts abzufedern und eine schnellere Rückkehr in den Beruf zu ermöglichen. Im Zuge dieser Politik sind beim Anteil der in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagespflegeperson betreuten

Kinder unter drei Jahren seit 2007 erhebliche Fortschritte erzielt worden. Die Betreuungsquote lag im März 2014 bei bundesweit 32,3 % und nähert sich damit dem errechneten durchschnittlichen Bedarf von gut 39 %. Allerdings sind zum Teil starke regionale Abweichungen zu beobachten. Besonders auffallend ist, dass die Betreuungsquote in Ostdeutschland mit 52 % fast doppelt so hoch ist wie in den westdeutschen Bundesländern (27,4 %).⁷ Hier kommen die unterschiedlichen Traditionen der Kinderbetreuung zum Tragen, die sich in der Bundesrepublik und in der DDR herausgebildet hatten und bis heute nachwirken. Die ostdeutschen Länder liegen damit in etwa gleichauf mit Frankreich, wo die Betreuungsquote von unter Dreijährigen 2011 52,2 % betrug.

„MODERNISIERUNG“ IN FRANKREICH

Aus deutscher Perspektive erscheint die französische Familienpolitik häufig als Vorbild, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht – mit einiger Berechtigung. Schließlich begann der Ausbau der Kindertagesbetreuung bereits in den 1970er-Jahren als Reaktion auf den gesellschaftlichen Wandel und insbesondere den (politisch gewollten) Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Dabei darf man aber nicht übersehen, dass auch in Frankreich in den letzten 15 Jahren immer wieder Reformen notwendig waren, um das System zu modernisieren und an neue Lebens- und Arbeitsformen anzupassen. Und es bestehen zum Teil beträchtliche regionale und sogar lokale Unterschiede bei den Betreuungsangeboten.⁸ Außerdem ist der Bedarf aufgrund der hohen Geburtenrate weiter gestiegen, weshalb die Regierung im Juni 2013 die Schaffung von 100.000 neuen Krippenplätzen angekündigt hat. Allerdings erfolgt aufgrund des Sparzwangs keine entsprechende Aufstockung der Zahl der Erzieher, so dass sich die Betreuer nun um mehr Kinder kümmern müssen als bisher. Dies hat eine Debatte über die Qualität der Kinderbetreuung ausgelöst.⁹

Das seit Jahren anwachsende milliarden-schwere Defizit der Familienkasse CNAF, die 1945 als Zweig der Sozialversicherung etabliert worden war, hat darüber hinaus auch Einschränkungen bei den familienbezogenen Leistungen

erforderlich gemacht. Dazu zählt die stärkere Deckelung der Steuervorteile aus dem Familiensplitting ebenso wie eine bedarfsorientierte Auszahlung von Geldleistungen. Mit Wirkung zum 1. Juli 2015 wurde das Kindergeld für Paare mit zwei Kindern und einem Haushaltseinkommen von mehr als 6.000 Euro um 50 % gekürzt. Ab einem Einkommen von 8.000 Euro sinken die Leistungen um 75 %. Nach Schätzungen ist rund jede zehnte Familie davon betroffen.

FAMILIENPOLITIK UND DEMOGRAPHIE

Lässt sich ein kausaler Zusammenhang zwischen Kinderbetreuung und Fertilität herstellen? Das Beispiel Frankreich scheint das nahezulegen. Eine von der Prognos AG und der Geschäftsstelle des Zukunftsrats Familie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums erstellte Studie aus dem Jahr 2010 kommt zu folgendem Ergebnis: „Mit Blick auf die Entwicklung der Kohortenfertilitätsraten lässt sich erkennen, dass die Neuausrichtung der französischen Familienpolitik in den 70er-Jahren hin zu mehr institutioneller Betreuung und umfassenden familienbezogenen Unterstützungsleistungen eine Kehrtwende in der Geburtenentwicklung eingeleitet zu haben scheint.“¹⁰ Besonders interessant ist die Feststellung, dass die konstante Geburtenzahl vor allem auf den im Vergleich zu anderen Ländern hohen Anteil an Mehrkindfamilien in Frankreich zurückgeführt werden könne. Analysen zeigten, dass die Unterschiede in den Geburtenraten der EU-Länder weniger die Folge unterschiedlich verbreiteter Kinderlosigkeit seien, sondern vor allem das Ergebnis der unterschiedlichen Entscheidung für Mehrkindfamilien. Hier besteht demnach der größte Unterschied nicht nur zu Frankreich, sondern auch im Vergleich mit den skandinavischen Ländern, die allesamt eine deutlich höhere Geburtenrate als Deutschland aufweisen.

Warum ist das so? Der maßgebliche Grund sind laut statistischem Bundesamt aufgeschobene Geburten, die nicht alle zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden, weshalb die endgültige Kinderzahl der Frauenkohorten in den letzten Jahrzehnten beständig abgenommen hat. Die Erklärung wird gleich mitgeliefert: „Dieser Rückgang spiegelte den Übergang vom

stark ausgeprägten familienorientierten Geburtenverhalten in den Zeiten des sogenannten Babybooms (Ende der 1950er- bis Mitte der 1960er-Jahre) zu neuen Lebensverläufen wider, die sich infolge des sozialen Wandels um das Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre herausgebildet haben.“¹¹

Mit Blick auf das französische Beispiel liegt daher der Schluss nahe, dass Deutschland die Anpassung an diesen Wandel (in Form des staatlich geförderten Aufbaus eines Kinderbetreuungsnetzes) verschlafen und erst 2004, mit einer Verspätung von rund dreißig Jahren, angegangen ist – ohne demographisch gesehen bislang einen nennenswerten Nutzen daraus ziehen zu können. Denn die Geburtenrate hat sich zwar auf niedrigem Niveau stabilisiert, ist aber nicht gestiegen. Von der 2004 formulierten Zielmarke (1,7 Kinder pro Frau bis 2015) sind wir weit entfernt.

Nun ist es vielleicht noch zu früh, über die neue Familienpolitik den Stab zu brechen, da der Ausbau der Kindertagesbetreuung noch in vollem Gange ist und die getroffenen Maßnahmen möglicherweise erst mittel- bis langfristig greifen. Im Rahmen der von mehreren Wirtschaftsforschungsinstituten im Jahr 2013 vorgenommenen Gesamtevaluation familienbezogener Leistungen versuchte das ifo Institut in München, die Auswirkungen einer höheren Betreuungsquote auf die Geburtenrate in konkrete Zahlen zu fassen und kam zu folgendem Ergebnis: „Die Schätzungsergebnisse unterstützen die Hypothese, dass eine Steigerung der Betreuungsquote für unter dreijährige Kinder eine statistisch signifikante Erhöhung der Geburtenrate bewirkt. [...] Eine Erhöhung der Betreuungsquote um zehn Prozentpunkte führt zu einem Anstieg der Fertilität um 2,4 % im Folgejahr und von etwa 3,5 % zwei Jahre später.“¹² Damit wird unterstellt, dass bessere Betreuungsmöglichkeiten unmittelbar die Entscheidung zur Familiengründung beeinflussen.

ENTSPRICHT DIE FAMILIENPOLITIK DEN BEDÜRFNISSEN?

In Frankreich hat die staatliche Unterstützung bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf offensichtlich in der Tat den Bedürfnissen und Erwartungen vieler Eltern

entsprochen und bildet daher zu Recht einen Fokus der Familienpolitik. Allerdings sollte man Frankreich nicht vorschnell zum Modell für Deutschland erklären. Zwar zeigt die stetig steigende Nachfrage nach Betreuungsangeboten vor allem in Großstädten, dass es immer mehr Paare gibt, die ihren Kinderwunsch verwirklichen wollen, ohne dass ein Partner längere Zeit auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet, insgesamt hat sich die Hoffnung auf eine schnellere Rückkehr der Mütter in den Beruf aber nur bedingt erfüllt.

Das liegt teilweise fraglos an der mangelnden Passgenauigkeit von Kinderbetreuungsangeboten und den Bedürfnissen der Eltern, wobei hier durchaus auch die Verantwortung deutscher Arbeitgeber diskutiert werden kann. Gleichzeitig dürften aber traditionelle Familienbilder ebenso eine Rolle spielen. Hier liefert eine repräsentative Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach in Deutschland und Frankreich einige interessante Anhaltspunkte.¹³ Da ist zum einen die Einstellung zur frühkindlichen Betreuung: Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass Eltern in Westdeutschland ihre Kinder länger zu Hause betreuen wollen, als dies in Frankreich (und übrigens auch in Ostdeutschland) der Fall ist.¹⁴ Diese Aufgabe übernehmen, auch wenn die Einbindung der Väter nach Einführung der Elternzeit zugenommen hat, ganz überwiegend die Mütter, von denen entsprechend in der Umfrage 41 % angaben, wegen der Kinder beim Beruf bzw. bei der Ausbildung zurückstecken zu müssen (Frankreich: 13 %). Da sind zum zweiten die Voraussetzungen, die nach Angaben der Befragten bei der Erfüllung des Kinderwunsches gegeben sein müssen. Bemerkenswert im deutsch-französischen Vergleich ist vor allem, dass 2013 noch immer fast die Hälfte der Befragten in Deutschland angaben, ein Einkommen müsse für die Familie ausreichen (Frankreich: 23 %). Hier kommt die bereits erwähnte Tendenz zur Retraditionalisierung der Geschlechterrollen nach der Geburt eines Kindes zum Tragen. Eine höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern, vor allem in Vollzeit, entspricht also nicht zwangsläufig deren Präferenzen.

Ist am Ende eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gar nicht der entscheidende Hebel, bei dem es anzusetzen gilt? Immer wieder

geht es in der Diskussion auch um die ökonomische Situation und die Frage einer stärkeren steuerlichen Entlastung von Familien. Der ehemalige hessische Sozialrichter Jürgen Borchert hat schon in der Rentenreform 1957 einen maßgeblichen Konstruktionsfehler erkannt: Die ursprüngliche Idee, den Staat wie eine soziale Großfamilie zu organisieren, in der die Gesellschaft nicht nur die Alterslasten, sondern auch den Aufwand für die Kinder trägt, sei durch Adenauers Weigerung konterkariert worden, neben der Altersrente auch eine Kindheits- und Jugendrente zu schaffen. Borchert sieht darin eine „Verstümmelung des Generationenvertrags und eine asoziale Weichenstellung zu Lasten der Mehrkinderfamilien“.¹⁵ In Frankreich hingegen werden Familien mit zwei und mehr Kindern wie zuvor beschrieben bis heute bewusst gefördert. Neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf scheinen dabei auch die finanziellen Anreize, u. a. die stärkere Umverteilung zugunsten von Familien mit drei oder mehr Kindern, eine wichtige Rolle zu spielen, da auf diese Weise Einkommensunterschiede und Belastungen durch mehrere Kinder ausgeglichen und so die Geburtenentwicklung stabilisiert werden können.¹⁶ Nicht zuletzt deshalb wurde hierzulande schon darüber diskutiert, ob es sinnvoll wäre, das Ehegattensplitting durch ein Familiensplitting nach französischem Vorbild zu ersetzen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kam in einer Kurzstudie jedoch zu dem Ergebnis, dass dadurch im Vergleich zum aktuellen deutschen System (Ehegattensplitting, Kindergeld und Kinderfreibetrag) keine nennenswerte zusätzliche steuerliche Entlastung von Familien zu erwarten wäre und auch der Widerspruch zum (neuen) familienpolitischen Ziel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht aufgelöst würde.¹⁷ Im Fokus der Aufmerksamkeit vieler wirtschaftsnaher Forschungsinstitute sind hier vor allem vermeintlich negative Arbeitsanreize, die bereits durch das Ehegattensplitting bestünden und die auch durch das Familiensplitting nicht abgebaut würden. Stattdessen plädieren sie für einen Übergang zur Individualbesteuerung mit Unterhaltsabzug (gedeckeltes Realsplitting) als Alternative, um zu einer gleichmäßigeren Arbeitsteilung von Müttern und Vätern zu kommen.¹⁸

Bei allem Bemühen, das weibliche Erwerbspotenzial zu heben (um arbeitsmarktpolitischen Anforderungen zu genügen) und gleichzeitig junge Paare bei der Erfüllung ihres Kinderwunsches zu unterstützen, bleibt letztlich die Frage, inwieweit damit tatsächlich den Bedürfnissen der Menschen entsprochen wird. Ein oft formuliertes Ziel der deutschen Familienpolitik lautet Wahlfreiheit. Es impliziert, dass Mütter (und auch Väter) selbst entscheiden können, ob (und wenn, wie viel) sie arbeiten. In der Praxis gestaltet sich das aber außergewöhnlich schwierig, da zahlreiche Faktoren eine Rolle spielen: finanzielle Situation, Betreuungsmöglichkeiten, soziale Anerkennung, persönlicher Lebensstil etc.

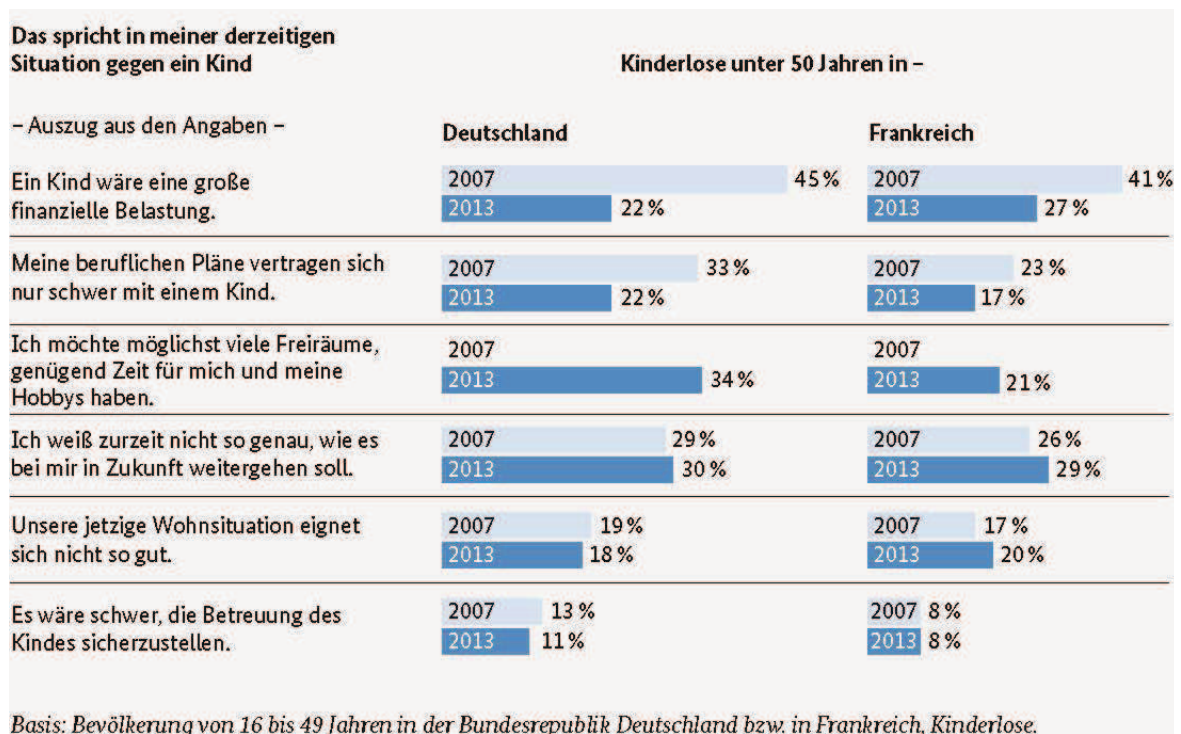
WAS KANN POLITIK LEISTEN?

Daraus ergibt sich eine weitere Grundsatfrage: Inwieweit kann und soll Politik überhaupt steuernd eingreifen? Einerseits legen die

Antragszahlen beim Elterngeld und die hohe Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen – insbesondere in Großstädten – nahe, dass die Neuausrichtung der Familienpolitik in Deutschland überfällig war und den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung trug, auch wenn die Passgenauigkeit von Angebot und Nachfrage ein Problem bleibt, was allerdings für Frankreich genauso gilt. Andererseits erfreut sich das Vollzeit / Teilzeit-Modell in Deutschland weiterhin großer Beliebtheit, was die Möglichkeiten einer substanziellen Steigerung der Erwerbstätigkeit von Müttern begrenzen dürfte, selbst wenn der Ausbau der Kinderbetreuung weiter vorangetrieben wird. Zudem ist es bislang nicht gelungen, durch die neue Familienpolitik den erhofften Anstieg der Geburtenrate herbeizuführen.

Wo kann die Politik also noch ansetzen? Die bereits zitierte deutsch-französische Umfrage des Allensbach-Instituts liefert Anhaltspunkte

Abbildung 2: Gründe, die für Kinderlose gegen Kinder sprechen: vor allem in Deutschland weniger Hindernisse durch finanzielle Befürchtungen und Berufsorientierung



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5216, 6127 und 11004, 2013 (Graphische Darstellung: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Familienbilder in Deutschland und Frankreich, Monitor Familienforschung, Ausgabe 34, Januar 2015, S. 15).

dafür, dass die Auffassung, ein Kind sei eine große finanzielle Belastung, in Deutschland rückläufig ist. Gleiches gilt demnach für die Vereinbarkeit von beruflichen Plänen mit einem Kind. Und auch die mangelnden Betreuungsmöglichkeiten scheinen – global betrachtet – nur eine verhältnismäßig geringe Rolle zu spielen. Auffallend ist hingegen, dass über ein Drittel der befragten Kinderlosen in Deutschland die Einschränkung der persönlichen Freiräume als Grund nennen, der gegen Kinder spreche.

Sind also am Ende individualistische Lebensformen hauptsächlich für den Rückgang der Geburtenrate, wie Stefan Fuchs, der Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Demographie, in seinem Buch „Gesellschaft ohne Kinder“ argumentiert? Wenn sich junge Paare trotz der Vereinbarkeit von Familie mit ihren beruflichen Plänen und einer ausreichend guten ökonomischen Situation gegen Kinder entscheiden, sind der Politik fraglos die Hände gebunden.¹⁹ Dann müsste es in erster Linie darum gehen, den Prozess der Schrumpfung zu begleiten.

WIDERSTEHT DER GEBURTENTREND DER KRISE IN FRANKREICH?

Engpässe bei der Betreuung, eine stärkere Bedarfsorientierung familienbezogener Leistungen, die wirtschaftliche Lage und der Zwang zu Einsparungen machen sich, wie beschrieben, mittlerweile auch in der französischen Familienpolitik bemerkbar. Wird sich die schwierige wirtschaftliche Situation in Frankreich mittelfristig auch auf die Geburtenrate auswirken? Bislang war davon nichts zu spüren. Selbst während der Hochphase der Wirtschafts- und Finanzkrise war kein Einbruch festzustellen. Mit ursächlich hierfür war allerdings auch das soziale Netz, das die Familienpolitik und das Sozialversicherungssystem aufspannt, um entstehende Härten abzumildern.²⁰ Je mehr Einschnitte hier vorgenommen werden, desto anfälliger könnte die derzeit noch stabile Geburtenentwicklung werden. Viel dürfte daher davon abhängen, ob Frankreich in den nächsten Jahren wieder zu einem Wachstumspfad zurückfindet, der die nachhaltige Finanzierung des Sozialstaats sichert und jetzigen wie zukünftigen Generationen verlässliche Arbeits- und Lebensperspektiven eröffnet.

DOMINIK GRILLMAYER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg, zuständig für den Bereich „Gesellschaft“

ANMERKUNGEN

- ¹ Bei der Geburt des ersten Kindes wird den Eltern eine einmalige „Geburtsprämie“ (Prime à la naissance) ausbezahlt.
- ² Bei der Aufteilung des Haushaltseinkommens auf die im Haushalt lebenden Personen wird für die beiden ersten Kinder der Faktor 0,5 veranschlagt, jedes weitere Kind zählt wie ein Erwachsener (1,0). Daraus ergibt sich besonders mit steigendem Einkommen und höherer Kinderzahl eine deutliche Minderung der Einkommenssteuer.
- ³ Vgl. Bertillon, Jacques: La dépopulation de la France. Ses conséquences, ses causes, mesures à prendre pour la combattre, Paris 1911.
- ⁴ Vgl. hierzu BMFSFJ / Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) / Institut der deutschen Wirtschaft (IW): Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor, Berlin 2004.
- ⁵ Statistisches Bundesamt (Destatis): Familientrends und Geburtensituation in Deutschland 2012, Wiesbaden 2013, S. 46.
- ⁶ BMFSFJ: Familienbilder in Deutschland und Frankreich, Monitor Familienforschung, Ausgabe 34, Berlin 2015, S. 19.
- ⁷ Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Kindertagesbetreuung regional 2014. Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland, Wiesbaden 2015, S. 5 ff.
- ⁸ Le Bouteillec, Nathalie / Kandil, Lamia / Solaz, Anne: L'accueil en crèche en France: quels enfants y ont accès?, in: Population & Sociétés 514/2014, S. 4.
- ⁹ Salles, Anne: La raison démographique dans les réformes de politiques familiales en France et en Allemagne, in: Politiques sociales et familiales 112/2013, S. 73-88, hier S. 85.
- ¹⁰ BMFSFJ (Hrsg.): Wohlfahrtsstaatliche Einflussfaktoren auf die Geburtenrate in europäischen Ländern. Evidenzen aus Schweden, Finnland, Norwegen und Frankreich, Berlin 2010, S. 9.
- ¹¹ Destatis: Familientrends und Geburtensituation in Deutschland 2012, Wiesbaden 2013, S. 17.
- ¹² Bonin, Holger u. a.: Lehren für die Familienpolitik – Zentrale Resultate der Gesamtevaluation familienbezogener Leistungen, Mannheim 2014, S. 6/7.
- ¹³ Institut für Demoskopie Allensbach: Familienbilder in Deutschland und Frankreich, Allensbach, Mai 2013.

- ¹⁴ Gleichzeitig legen die Befragungsergebnisse nahe, dass auch in Frankreich die Bereitschaft, Kinder unter 1 Jahr in einer Kinderkrippe oder Kindertagesstätte betreuen zu lassen, rückläufig ist.
- ¹⁵ Heidenreich, Ulrike / Heidtmann, Jan: „Ja, es stimmt, ich bin zornig“ – Interview mit Jürgen Borchert, in: Süddeutsche Zeitung, 27./28.12.2014, S. 6.
- ¹⁶ BMFSFJ: Wohlfahrtsstaatliche Einflussfaktoren auf die Geburtenrate in europäischen Ländern, S. 31.
- ¹⁷ Ochmann, Richard / Wrohlich, Katharina: Familiensplitting der CDU / CSU: Hohe Kosten bei geringer Entlastung für einkommenschwache Familien, DIW Wochenbericht Nr. 36, Berlin 2013.
- ¹⁸ Bonin: Lehren für die Familienpolitik, S. 11/12.
- ¹⁹ Fuchs, Stefan: Gesellschaft ohne Kinder. Woran die neue Familienpolitik scheitert, Wiesbaden 2014.
- ²⁰ Pison, Gilles: Deux enfants par femme dans la France de 2010: la fécondité serait-elle insensible à la crise économique?, in: Population & Sociétés 476/2011, S. 1-4, hier S. 4.